

Stuttgart, 25. April 2026

Koalitionsverhandlungen für neue baden-württembergische Landesregierung Grün-Schwarz muss von Bahn Kopfbahnhof-Sanierung fordern

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 fordert für die Grün-Schwarzen Koalitionsverhandlungen:

Die neue Landesregierung muss sich entschieden für einen funktionierenden Bahnverkehr und damit auch für einen attraktiven Stuttgarter Kopfbahnhof einsetzen. Bis beim neuen Tiefbahnhof nach ausführlichem Testbetrieb ein Regelbetrieb möglich ist, dauert es möglicherweise noch Jahrzehnte. Der Koalitionsvertrag von Grünen und CDU muss deshalb klare Aussagen zur Zukunft des Stuttgarter Kopfbahnhofs enthalten.

Die neue Landesregierung muss schon im Koalitionsvertrag folgende Ziele festschreiben:

- einen **direkten Fußgänger-Zugang** durch Bonatzbau und Tiefbahnhof-Querstege **zu den Kopfbahnhofgleisen** – die „Fernwanderwege“ dürfen nicht die einzigen Zugänge bleiben.
- die alsbaldige **Erneuerung des maroden Stellwerks**, damit die Ursachen für die ständigen Störungen beseitigt werden.
- die sofortige **Sanierung des Kopfbahnhofs** – ein heruntergekommener Bahnhof ist unzumutbar und schreckt vom klimafreundlichen Bahnfahren ab.
- den **Erhalt des Gäubahn-Anschlusses an den Kopfbahnhof**
 - den **Verzicht auf den Pfaffensteigtunnel** von Böblingen zum Flughafen – der Bau von CO₂-erzeugenden Mega-Beton-Tunnels ist angesichts der Klimakatastrophe nicht mehr zu verantworten
- **Verzicht auf das „Nahverkehrs-dreieck“**, das den Regionalverkehr in Cannstatt, Feuerbach und Vaihingen enden lassen soll, um den zu kleinen Tiefbahnhof zu entlasten.
Bahn-Chefin Palla äußerte jüngst: „Den Nahverkehr können und wollen wir nicht auf kleinere Bahnhöfe umleiten. Es gibt so viele Menschen, die darauf angewiesen sind und sich darauf verlassen. Gleichzeitig wollen Fernreisende aber auch am Hauptbahnhof ankommen.“ (FR, online, 22.4.26)

Dieter Reicherter, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen S21: „Die Zukunft des Tiefbahnhofs steht in den Sternen. Seine Leistungsfähigkeit wird niemals ausreichen. Der Kopfbahnhof darf deshalb nicht weitere Jahrzehnte verlottern. Die Landesregierung darf sich nicht länger von der Bahn vertrösten lassen. Sie muss vielmehr sofort Lösungen für die geplagten Bahnkund*innen durchsetzen.“

Sprecherkollege Martin Poguntke: „Von der Landesregierung als wichtigstem Projektpartner der Bahn erwarten wir vollen Einsatz für den Kopfbahnhof und einen attraktiven Bahnverkehr. Schließlich ist das Land mitverantwortlich dafür, dass die Bahn über Jahrzehnte hinweg das für sie nutzlose Immobilienprojekt Stuttgart 21 vorantreiben und weitgehend finanzieren musste.“

Kontakt: *Martin Poguntke, 0151 403 602 56*
Dieter Reicherter, 07192 930 522 oder 0151 263 711 31